Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreflamezeile entgegen. Einsendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 266. [48. Jahrgang.] **Mittwoch den 11. November 1908.** **[48. Jahrgang.] Nr. 266.**

Berlin, den 10. November.

Rundschau im Auslande.

Zur Casablanca-Angelegenheit.

Im Uebereinstimmung mit unserer gestrigen Mitteilung zu der französischen Darstellung des Zwischenfalls in Casablanca bemerkt die Kölnische Zeitung:

Da die amtliche französische Darstellung erst jetzt zur Kenntnis der deutschen Regierung gelangt ist, konnte sie auch bisher nicht berücksichtigt werden. Aus dem Vergleich der deutschen und französischen Berichte ergeben sich die stärksten Widersprüche, und es ist Pflicht der deutschen Regierung, festzustellen, daß sie bis zum Beweise des Gegenteils die Angaben ihrer Leute für richtig halten, ebenso wie wir das bei den unsrigen tun. Nach der bisherigen hiesigen Auffassung war man wohl auf widersprechende Rechtsanschauungen gefaßt, nicht aber, oder doch nicht in solchem Grade auf völlig abweichende Berichte über die Tatfrage. Sobald auch diese in so hohem Grade strittig wird, daß auch über sie eine Einigung durch weitere französische deutsche Vernehmungen nicht zu erwarten ist, so wird auch die deutsche Regierung den bisher eingenommenen Standpunkt nicht weiter verfolgen können, und es ist anzunehmen, daß sie bei dieser geänderten Lage keine Bedenken tragen wird, den ganzen Handel nicht nur in Bezug auf die Rechts-, sondern auch in Bezug auf die Tatfrage einem Schiedsgericht zu überweisen.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der nationalistische Senator Gaudin de Villaine für die heutige Sitzung eine Anfrage im Senat über die Casablanca-Angelegenheit angekündigt.

Ferner wird aus Paris unter dem heutigen Datum berichtet: Die meisten hiesigen Blätter nehmen die Note der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die französische Darstellung des Zwischenfalls von Casablanca mit lebhafter Befriedigung auf und sprechen die Hoffnung aus, daß der heutige Tag eine endgültige Verständigung zwischen den beiden Regierungen bringen werde. — Der Figaro schreibt: Die Aufmerksamkeit, welche die deutsche Regierung dem Bericht des französischen Polizeikommissars geschenkt hat, ist ein Beweis von gutem Glauben und gutem Willen, und jetzt werden wir ohne Bitterkeit vor das Schiedsgericht gehen, glücklich über die gute Lösung, welche den beiden Ländern keinerlei Opfer der Eigenliebe auferlegt. — Petit Parisien schreibt: Frankreich und Deutschland haben der Zivilisation ein großes Beispiel gegeben, indem sie durch einen gütlichen Vertrag einen Streit beilegten, der sich bedenklich zu verschärfen drohte. Beide Länder haben ihre übertriebene Wildheit gewahrt, welche zwei so hochstehende Nationen kennzeichnet.

Aus Marokko

liegt folgendes Telegramm vor: Aus Fez wird unter dem 3. November berichtet, daß ein regulärer Soldat des Maghzen einen französischen Schützling auf offener Straße getötet und sich sodann in eine Moschee geflüchtet habe. Der Verweser des französischen Konsulats erhob sofort Beschwerde beim Maghzen.

Das Lord-Mayors-Bankett in London.

Am Montag hat in London das Bankett zu Ehren des neuen Lord Mayor stattgefunden. Ueber die dabei gehaltenen Reden wird folgendes berichtet:

Der Erste Lord der Admiralität McKenna sagte in einer Ansprache,

er sei zu dem Ausspruch berechtigt, daß niemals in der Geschichte das Land eine stärkere Flotte als im gegenwärtigen Augenblick gehabt habe. Die Aufgabe, die Herrschaft zur See zu behaupten, sei schwer. England besitze diese Herrschaft zurzeit und hoffe, sie für alle Zeiten zu bewahren.

Ferner nahm der Premierminister Asquith das Wort. Er führte folgendes aus:

England hat, seitdem Sir Campbell Bannerman im vergangenen Jahre bei dieser Gelegenheit sprach, lange Tage durchgemacht. Der Zeit der wirtschaftlichen Aufschwungs ist eine Depression gefolgt, die durch besondere Umstände verschlimmert wurde und von der Panik in den Vereinigten Staaten ihren Ausgang nahm. Doch bin ich zuversichtlich genug, vorausgesetzt, daß der Frieden der Welt erhalten bleibt, Anzeichen wahrzunehmen, daß der Rückgang nicht von langer Dauer ist.

Die Aufmerksamkeit Europas war einige Wochen lang durch die Ereignisse im nahen Osten in Anspruch genommen. Wir waren Zeugen einer Revolution in der Türkei, die zu einer der wunderbarsten in den Annalen der Geschichte gehört. Ich freue mich, den türkischen Botschafter hier als Gast zu sehen, und ich bin gewiß, nicht nur den Gefühlen der Anwesenden, sondern denen der ganzen Nation Ausdruck zu geben, wenn ich ihm versichere, daß wir uns eins mit ihm und seinen Landsleuten fühlen in der Frage der Freiheit und der Gewährung einer konstitutionellen Regierung im ottomanischen Reiche. Wir beanstanden als älteste konstitutionelle Regierung der Welt das Privilegium, die Geburt freier Institutionen in der Türkei willkommen zu heißen. Was Bulgarien, Bosnien und die Herzegowina betrifft, so hat die Regierung unzweideutig und klar an dem auf der Konferenz von 1871 abgeschlossenen Uebereinkommen der Mächte festgehalten. Internationale Verträge können nicht von einer, ohne Zustimmung der anderen Vertragspartei abgeändert werden. Wir halten daran fest, daß dieser Grundsatz auf die Aenderung des Berliner Vertrages anzuwenden ist. Um diesen Vertragsänderungen Rechtskraft zu verleihen, müssen sie die Zustimmung der Mächte einschließlich der Türkei erlangen. Wer diesen überaus wichtigen Grundsatz ausgebend, wünschen wir alles zu tun, was wir können, um ein allgemeines Uebereinkommen zu fördern. Die britische Regierung hat keine vorgefaßte Meinung gegen oder keine Vorliebe für irgend eine besondere Methode, durch die eine Regelung herbeigeführt werden könnte, und niemals sah es den Schatten einer Begründung für den Gedanken, daß wir uns den direkten Verhandlungen zwischen der Türkei und Oesterreich-Ungarn, sowie zwischen der Türkei und Bulgarien widersetzen. Aber das Uebereinkommen muß von den anderen Mächten gutgeheißen werden, und da die Türkei die am meisten benachteiligte Macht ist, so müssen diejenigen, die sie benachteiligt haben, Mittel finden, eine Regelung zu treffen, die mit ihrer Ehre und ihren Interessen vereinbar ist. Die Türkei muß prüfen und dann Vorschläge machen. Wenn Oesterreich-Ungarn oder Bulgarien eine direkten Regelung kämen, würde der Weg für eine allgemeine Regelung glatter sein. Die Wogen gehen hoch auf dem Balkan, wir tun, was wir können, um sie zu beruhigen.

Ich freue mich zu sagen, daß es eine große Genugtuung für uns ist, daß die Verhandlungen mit dem russischen Minister Iswolsky gezeigt haben, daß Rußland und Großbritannien sich in der Frage des nahen Ostens demselben Standpunkte genähert haben. Eines der glücklichen Ergebnisse des Abkommens mit Rußland ist, daß wir im Stande gewesen sind, die persische Krisis frei und sympathisch zu besprechen. Seit dem Abschluß der englisch-russischen Konvention herrschen in Persien nahe der russischen Grenze Unruhen. Die Regierung erkennt an, daß Rußland unter äußerst schwierigen Umständen Zurückhaltung und Mäßigung bewies. Wir wünschen nicht, daß angenommen wird, wir möchten Europa in verschiedene Gruppen geteilt sehen. Wir besitzen uns in vollkommener Sympathie mit Frankreich, sind aber gleich offen mit Deutschland und Italien, den Verbündeten Oesterreich-Ungarns, gewesen. Wir haben eine gänzlich uninteressierte Haltung eingenommen, wir fordern nichts für uns selbst, wir wünschen nur das öffentliche Recht in Europa aufrechterhalten und für die Türkei solche Regelung, die die Störung des Friedens verhindert und einer guten Regierung den Weg zur Freiheit öffnet.

Bezüglich der Beziehungen Großbritanniens zu Deutschland sagte Asquith: Es ist fast genau ein Jahr her, seit Kaiser Wilhelm hier unser Gast war. Ich kann die nachdrückliche Erklärung des Kaisers nicht vergessen, daß das leitende Ziel seiner Politik die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und der guten Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland sei. In diesem Geiste wünschen wir mit den anderen Mächten zu verhandeln, mit Deutschland sicherlich nicht minder als mit den übrigen. Dieser Geist leitete uns bei allen Verhandlungen bezüglich der gegenwärtigen Schwierigkeiten in der europäischen Politik. Wenn wir wir glauben, andere Mächte dieselbe Absicht haben, dann werden die Wolken, die für den Augenblick den Himmel verdunkeln — sei es auf dem Balkan oder anderswo — ohne Sturm verschwinden, dann wird der Friede gesichert, die Atmosphäre von den Düften des Argwohns und des Mißtrauens gereinigt sein, und die bestehenden Freundschaften werden nicht beeinträchtigt werden. Man sollte nicht von Flottenrüstungen oder von feindlichen Gruppierungen unter den Mächten sprechen, die gemeinsame Verwalter der Zivilisation und oberste Schützer des Friedens der Welt sind. Nichts veranlaßt uns, zu schwanken oder unsere Verpflichtungen nicht ordentlich zu erfüllen, auch nur für einen Augenblick unseren Freundschaften untreu zu sein. Das ist die unabänderliche Meinung des ganzen Landes. Wir haben weder Animositäten, die wir befriedigen, noch selbstsüchtige Interessen, die wir fördern. Wir würden nicht widerstehen, eine Hand zu ergreifen, die uns in guter Absicht und in Treue entgegengestreckt werden würde.

Unsere Flotte ist jeder Verantwortlichkeit gewachsen, vor die sie sich gestellt sehen könnte. Jede auswärtige Macht weiß, daß wenn wir unsere Lebensgeheimnisse zur See — unbestreitbar aufrechterhalten wünschen — wie wir es tun —, dies nicht zu etwaigen Angriffen oder Abenteuern geschieht, sondern um eine für unser Reich Ehrenvolle Pflicht zu erfüllen, nämlich unseren Handel und unsere Industrie außerhalb des Bereiches der Gefahr eines plötzlichen Angriffs von außen zu setzen. Das Land mag versichert sein, daß nichts ungesehen bleibt, um unsere Flotte voll auf der Höhe unserer nationalen Notwendigkeit zu halten. Regierungen kommen und gehen, Majoritäten entstehen und vergehen, aber eine Ueberzeugung wird das britische Volk einmütig festhalten: das ist unsere unbestreitbare und unbestrittene Vorherrschaft zur See.

•

London, 10. November. Sämtliche Blätter besprechen beifällig die Rede des Premierministers bei dem Lord-Mayors-Bankett.

Standard sagt, Deutschland habe nicht einen Angriff von seiten Englands zu fürchten; eine Fehde mit England sei gar nicht denkbar, solange nicht der zu jung gebende Gorgeti eines Teiles des deutschen Volkes sich in der Politik der Regierung verkörpert. — Morning Post schreibt: Asquith behandelte die Beziehungen zwischen Deutschland und England in Ausdrücken, welche die uneingeschränkte Billigung Englands finden werden; wir hoffen, daß ihre Aufrichtigkeit von der deutschen Regierung und dem deutschen Volke werde geschätzt werden. — Daily Telegraph führt aus: Wir hoffen, daß Reichskanzler Fürst Bülow in seiner heutigen Rede denselben Geist der Versöhnlichkeit für das Recht anderer zeigen wird, trotz der stark hervortretenden Supremalie der Interessen seines eigenen Landes, wie dies von seiten Asquiths gestern der Fall war.

Zu den Orientfragen.

Wien, 9. November. Der Kaiser empfing heute eine Huldigungsdeputation der Mohammedaner Bosniens und der Herzegowina und darauf eine Deputation des Gemeinderats von Sarajewo. In seiner Antwort auf die an ihn gerichteten Ansprachen sagte der Kaiser den Mohammedanern: Ihre Worte bestätigen bewiesen, daß sein bestimmter Wille, allen in Bosnien und der Herzegowina lebenden Konfessionen volle Religionsfreiheit und Gleichheit zu verbürgen, von ihnen richtig verstanden worden sei. Den Vertretern Sarajewos gab er die Versicherung, daß er ihren Interessen gern jede tunliche Förderung angedeihen lassen werde. Die Reden des Kaisers wurden mit begeisterten Zivioten aufgenommen.

Konstantinopel, 9. November. Heute nachmittag hielten die bulgarischen und türkischen Delegierten ihre sechste Sitzung ab, in welcher auch der Direktor der Orientbahnen Groß anwesend war. Dieser erklärte, über die Interessen der Orientbahnen nicht durch die Pforte, sondern nur direkt mit Bulgarien verhandeln zu wollen, und fügte sich hierbei auf ein hierauf bezügliches früheres Verlangen Bulgariens.

Blättermeldungen zufolge findet die Eröffnung des Parlaments am 28. November statt.

Sofia, 9. November. Die bulgarische Regierung hat heute die Entlassung des ältesten Jahrgangs aller Waffengattungen verfügt, der jetzt seine Dienstzeit beendet hat. Der Grund zu dieser Verfügung liegt einerseits darin, daß die Regierung neuerlich ihre Friedensliebe bekunden will, andererseits in Sparsamkeitsrücksichten.

Rom, 9. November. Der serbische Minister des Auswärtigen Milowanowitsch ist hier eingetroffen.

Zum Nationalitätenstreit in Böhmen

meldet die Neue Freie Presse aus Prag: Der akademische Senat der deutschen Universität hat beschlossen, zu demissionieren, wenn die Regierung nicht umgehend die Zustände in Prag beseitige und den deutschen Studenten die Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte ermögliche. Der Senat der deutschen Technischen Hochschule hat einen ähnlichen Beschluß gefaßt.

Die Niederlande und Venezuela.

Aus Haag, 9. d. M., wird berichtet: Die Antwort des Präsidenten Castro auf die zweite niederländische Note ist jetzt der hiesigen Regierung zugegangen.

In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer teilte der Minister des Auswärtigen van Swinderen mit, daß der Gouverneur von Curaçao ihn davon in Kenntnis gesetzt habe, daß das venezolanische Dekret vom 14. Mai am 1. November noch nicht außer Kraft gesetzt worden sei, daß also Präsident Castro die in der holländischen Note vom 3. September gestellte Forderung nicht erfüllt habe. Hieraus ergebe sich für die Regierung der Niederlande volle Freiheit des Handelns. Er, der Minister, habe infolgedessen dem Gouverneur von Curaçao telegraphiert, daß die Regierung jeder Verpflichtung gegen Venezuela ledig sei. Der Gouverneur sei beauftragt worden, das Verbot der Ausfuhr von Waffen nach Venezuela einstweilen aufzuheben, und habe sich für dieses Auftrags entledigt. Unter diesen Umständen bestehe für die Regierung kein Hindernis, die diplomatische Korrespondenz mit Venezuela bekannt zu geben.

Persien.

Teheran, 9. November. Wegen des Todes von Hadschi Mirza Hussein, Sohn Hadschi Mirza Chalils, eines der höchsten Schiitenpriester, sind die Basare und Schulen geschlossen. Der Verstorbene war auch Mitunterzeichner eines gegen den Schah gerichteten Telegramms.

Teheran, 10. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der englische und der russische Gesandte erhoben gemeinsame Vorstellungen, betreffend die Lage in Täbris, und rieten zur Milde. Ein Rat von Notabeln trat in Bagdischah zusammen, um ein Gesetzbuch für die Verwaltung und die Justiz zu entwerfen. Dieses alte Projekt wurde augenscheinlich erneuert, um die Unzufriedenheit zu zerstreuen, die infolge der Kundgebung am letzten Sonnabend herrscht.

Kleinere politische Nachrichten.

Aus Kairo wird telegraphiert: Bei der Militärrevue zu Ehren des Geburtstages des Königs von England riefen Studenten der Rechte und vereinzelte andere Personen auf das Hurra der englischen Truppen: Hoch der Khedive, Aegypten und die Verfassung! Beim Abfingen der Hymne auf den Khedive wiederholte sich der Vorfall.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser ist gestern von der Jagd gegen 5 Uhr Nachmittags nach Donaueschingen zurückgekehrt.

Heute verließen Se. Majestät der Kaiser mit Gefolge, der Fürst und die Fürstin zu Fürstenberg mit Familie und sämtliche fürstlichen Gäste im kaiserlichen Sonderzug Donaueschingen. Die Ankunft bei Mangell war für 12 Uhr 58 Min. vorgesehen. Der Aufenthalt und die Besichtigung des Luftschiffes Zeppelin I sollte bis 3¾ Uhr dauern. — Das Wetter ist kalt und sehr schön.

* Der Fürst zu Schaumburg-Lippe ist heute vormittag hier eingetroffen.

* Se. Majestät der König Viktor Emanuel III. von Italien vollendet am 11. d. das 39. Lebensjahr.

* Der Papst empfing gestern das Kardinalskollegium, sowie mehrere Beamte seines Hofstaates zur Entgegennahme der Glückwünsche zum Jubiläum.

— v. Prinz Kuni von Japan, der längere Zeit in Berlin zu seiner militärischen Ausbildung beim 2. Garderegiment zu Fuß gestanden und durch Se. Majestät den Kaiser bei der Abschiedsaudienz durch Verleihung des Schwarzen Adlerordens ausgezeichnet wurde, gab gestern dem Regiment, sowie seinen hiesigen Bekannten ein Abschiedsmahl im Kaiserhof des Hotel Adlon, an dem 117 Personen teilnahmen. Die Tafelmusik stellte die Kapelle des 2. Garderegiments unter Kapellmeister Graf. Unter den Anwesenden befanden sich der neue japanische Botschafter Baron Uchida, Kriegsminister v. Einem, der kommandierende General des Gardekorps v. Kessel, sowie das gesamte Offizierkorps des 2. Garderegiments z. F. unter Führung seines Kommandeurs Obersten Frhrn. v. Stein. Bald nach Beginn der Tafel erhob sich Prinz Kuni, um den Anwesenden seinen Dank für ihr Erscheinen auszusprechen. Vor 1½ Jahren sei er nach Deutschland gekommen, ein Jahr habe er mit Allerhöchster Erlaubnis dem 2. Garderegiment z. F. angehört. Er habe Gelegenheit gehabt, viel Schönes und Gutes im Lande und in der Truppe zu beobachten, und es sei ihm Bedürfnis, durch die er das deutsche Heerwesen kennen gelernt habe, aufrichtig dankbar. Er gebe seinem Gefühl der Dankbarkeit Ausdruck durch den Ruf: Se. Majestät der Deutsche Kaiser Hurrah, worauf die Musik die deutsche Nationalhymne spielte. Gleich darauf brachte General v. Kessel dem Prinzen, daß er als treuer, anhänglicher Kamerad in ihrem Kreise verkehrt habe. Er hoffe, daß der Prinz sich auch in der Fremde ihrer erinnern werde, und daß seine Beziehungen zum Regiment auch in der fernen Heimat dieselben freundschaftlichen bleiben mögen. Er schloß mit einem Hoch auf den Prinzen. Die Musik intonierte die japanische Nationalhymne. Nach dem Essen blieben die Herren noch geraume Zeit beisammen.

v. Fürst Gebhard Blücher von Wahlstatt ist aus London in Berlin eingetroffen.

* Der Minister der öffentlichen Arbeiten Breitenbach ist von einer Dienstreise aus Hamburg zurückgekehrt.

v. Zeremonienmeister, Kammerherr v. Esbeck-Platen ist aus Kapelle auf Rügen hier eingetroffen und im Hotel de Rome abgestiegen.

v. Der neuernannte hiesige englische Botschafter Goschen ist aus Wien in Begleitung seiner Gemahlin hier eingetroffen.

v. Der hiesige amerikanische Botschafter Hill hat sich zur Teilnahme am Stapellauf des neuerbauten Dampfers des Norddeutschen Lloyd George Washington nach Stettin begeben.

* Der zum deutschen Botschafter in Washington bestimmte Graf Johann-Heinrich v. Bernstorff, am 14. November 1862 in London als Sohn des damaligen preußischen Gesandten Grafen Albrecht v. Bernstorff geboren, steht seit 1889 in der diplomatischen Laufbahn, die er als Gesandtschaftsattaché in Konstantinopel begann. Er war darauf kurze Zeit im Auswärtigen Amte beschäftigt und gehörte bis zu seiner 1902 erfolgten Berufung als Botschaftsrat der London den Legationen in Belgrad, Dresden, Petersburg und München an. Graf Bernstorff ist seit 1887 mit einer Deutsch-Amerikanerin, Jeanne Luckemeyer, vermählt und zurzeit Generalkonsul und diplomatischer Agent in Kairo.

* Zu den weiteren Personalveränderungen im diplomatischen Dienst verzeichnen wir folgende Daten: Prinz Max von Ratibor und Corvey, der als Gesandter nach Lissabon geht, ist 1856 geboren und ein Sohn des ersten Trägers dieses Titels. Als Kammergerichtsreferendar trat er 1883 in den diplomatischen Dienst und wurde nacheinander in Petersburg, Wien, Konstantinopel, London und Rom als Sekretär verwandt. Von 1891 bis 1894 war er als Legationsrat Erster Sekretär der Botschaft in Wien, bekleidete dann die Stellung des Generalkonsuls in Bern, die stets mit Diplomaten besetzt wird, und kam 1897 als Gesandter nach Athen. 1903 wurde Prinz Ratibor als Gesandter nach Athen versetzt und drei Jahre später nach Belgrad. Er ist preußischer Rittmeister à la suite der Armee. Seit 1892 ist er mit der verwitweten Prinzessin Franziska von Thurn und Taxis, geborenen Gräfin Oriola vermählt. — An seine Stelle tritt der bisherige Gesandte in Rio de Janeiro v. Reichenau. 1857 in Wiesbaden geboren, trat er, wie wir gleichfalls der Köln. Ztg. entnehmen, 1885 zur Diplomatie aus dem Justizdienst über und wurde 1888 Legationssekretär bei der preußischen Gesandtschaft am Päpstlichen Stuhl. Später führte ihn sein Beruf nach dem Haag, Bukarest und Washington, bis er 1896 als Generalkonsul nach Sofia kam. Hier war u. a. die Zusammenfassung und Organisierung der deutschen Kolonie sein Werk. 1903 ging er als Gesandter nach Chile und hat dort sowohl bei der Regierung wie bei den im Lande lebenden Deutschen sich eine große Beliebtheit erworben. Auch in Brasilien, wohin Herr v. Reichenau 1907 versetzt wurde, hat er erfolgreich an der Ausgestaltung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und dem großen südamerikanischen Staat gearbeitet. Herr v. Reichenau ist mit einer Deutsch-Amerikanerin, geborenen Käthe Peipers, verheiratet. — Graf Emmerich v. Arco-Valley, der von Athen nach Rio de Janeiro geht, ist seit 1906 Gesandter beim griechischen Hofe gewesen. 1862 geboren, machte er im bayerischen Heere den Feldzug 1870/71 mit. Er war mehrere Jahre in München Rechtsanwalt, ehe er in den diplomatischen Dienst trat, wurde an den Botschaften in Paris, Madrid und London beschäftigt und kam 1898 als Gesandter nach Rio de Janeiro. Der Förderung des Deutschtums in Brasilien widmete er besonderes Interesse und setzte diese Tätigkeit auch in Japan fort, wohin er 1901 versetzt wurde. Während seines ganzen Aufenthalts in Tokio hat er sich angelegen sein lassen, die Verstimmungen, die mehrfach in Japan auftraten, zu beschwichtigen und die Japaner zu einer richtigen Einschätzung der deutschen Politik zu bewegen, eine Aufgabe, die nicht immer leicht war. Von den Japanern wurde ihm das Zeugnis ausgestellt, daß er in dieser Beziehung nicht erfolglos gearbeitet hat, und daß man ihm auch seiner stets loyalen Gesinnung volles Vertrauen entgegenbrachte. — Graf Arco ist der neue Botschafter in Madrid. Graf Christian v. Tattenbach, der Sproß eines alten bayerischen Adelsgeschlechts, 1846 in Landshut geboren, studierte er Jura, und trat als Kreisassessor in den Verwaltungsdienst des Reichslandes. Im diplomatischen Dienst wurde er in Peking, Belgrad und Madrid verwandt, bis er 1888 Generalkonsul und Ministerresident in Tanger und später bei der Umwandlung dieser Stellung Gesandter wurde. 1898 kam er als Gesandter nach Bern und zwei Jahre später nach Lissabon. Seine genaue Kenntnis marokkanischer Verhältnisse veranlaßte seine Ernennung als zweiter deutscher Vertreter neben dem Botschafter v. Radowitz zur Konferenz in Algeciras, nachdem er schon vorher in außerordentlicher Sendung beim Sultan von Marokko gewesen war. Graf Tattenbach ist seit 1885 mit Fräulein Konstanze Megler aus Frankfurt a. M. verheiratet und hat zwei Söhne, von denen der eine Offizier, der andere Jurist ist. — Der Gesandte Frhr. v. Wangenheim, nahm aus ursprünglich Soldat. Geboren 1859, trat er beim 11. Feldartillerieregiment ein, wurde dann zum 6. Ulanenregiment versetzt, 1887 der Botschaft in Petersburg und von dort unter Zuteilung zum diplomatischen Dienst dem Auswärtigen Amt angestellt. Nachdem er 1890 das diplomatische Examen bestanden hatte und zum Legationssekretär ernannt worden war, bekleidete er Stellungen in Kopenhagen, Madrid, Stuttgart und Lissabon. 1899 wurde Freiherr v. Wangenheim Erster Sekretär und Botschaftsrat in Konstantinopel und hatte dort wiederholt den beurlaubten Botschafter längere Zeit zu vertreten. Er kam dann 1904 als Gesandter nach Mexiko. In den letzten Monaten wurde sein Name oft genannt, da er für den beurlaubten Gesandten in Tanger Dr. Rosen die Vertretung des Reichs übernahm.

Der neue Gesandte in Mexiko Graf Rantzau trat bald seit 1900 den wichtigen Posten eines deutschen Generalkonsuls in New York bekleidet, nachdem er acht Jahre Konsul in Chicago gewesen war. Dieser lange Aufenthalt in Nordamerika hat Geh. Rat Rantzau zu einem hervorragenden Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse der Vereinigten Staaten gemacht, so daß seine Berufung zur Regelung der handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu Nordamerika großen Anteil nehmen konnte, und sein Rat für das Auswärtige Amt von ungewöhnlichem Wert war. Im Jahre 1903 vertrat er Deutschland bei der Regelung des venezolanischen Zwistes im Haag.

2. Der in Berlin wohnende Generalleutnant z. D. v. Bergen kann am 11. November den 60jährigen Gedenktag seines Eintritts in den Generalstab begehen. — Konrad v. Bergen, am 17. Februar 1830 in Posen geboren, trat am 11. November 1848 als Freiwilliger in die 1. Pionierabteilung ein und wurde 1850 Offizier. 1858 wurde er Oberleutnant, 1862 Hauptmann und als solcher 1866 Mitglied der Studienkommission der vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule. Am 18. Juli 1870 erhielt er für die Dauer des mobilen Verhältnisses eine Stabsoffiziersstelle beim Kommando der Ingenieure und Pioniere des Oberkommandos der 2. Armee. Nach dem Kriege, in welchem er das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhalten hatte, wurde das Oberkommando der Okkupationstruppen übernommen und zum Major im Stabe des Ingenieurkorps befördert. Nachdem er 1873 zum Ingenieuroffizier vom Platz in Koblenz und Ehrenbreitstein ernannt worden war, wurde er 1875 Bataillonskommandeur im 15. Pionierbataillon, rückte 1877 zum Oberstleutnant, 1887 zum Obersten auf und wurde 1883 Chef des Stabes bei der Ingenieurinspektion des Ingenieurkorps, 1886 Inspekteur der 1. Pionierinspektion und 1887 Generalmajor sowie Mitglied der Kommission zur Prüfung und Feststellung des Entwurfes zu einer Feldpionierordnung. Nachdem er am 27. Januar 1890 zum Generalleutnant befördert worden war, trat er v. H. am 22. März 1891 in den Ruhestand.

* Der General der Infanterie z. D. v. Strubberg, der langjährige Generalinspekteur des Militärerziehungs- und Bildungswesens, ist gestern nach dreitägigem Krankenlager im Alter von 87 Jahren in seiner Wohnung Rankestraße 23 gestorben. — Otto v. Strubberg war als Sohn eines gewesenen Offiziers am 16. September 1821 zu Lübbecke in Westfalen geboren, im Kadettenkorps erzogen und 1839 als Fahnenjunker in das 3. Garderegiment zu Fuß fahnenjunkerpatent eingestellt. Nach dem Besuch der Kriegsakademie wirkte er 1846—1849 als Lehrer im Kadettenkorps, nahm 1849 am badischen Feldzuge teil und zeichnete sich im Gefecht bei Durlach unter den Augen des Prinzen von Preußen, des nachmaligen Kaisers, aus. Im Jahre 1854 wurde er als Hauptmann in den Großen Generalstab versetzt. Er wurde dem Militärgouvernement am Rhein beigegeben, an dessen Spitze der Prinz von Preußen stand, und erhielt 1858 den Adelstitel und Majorsrang. 1861 wurde er Flügeladjutant und Chef des 1. Bataillons der Kaiser-Alexander. Als Oberstleutnant gehörte er 1863 der internationalen Militärkommission in Serbien an, nahm 1866 den böhmischen Feldzug (Erstürmung der Düppeler Schanzen) teil, wurde 1865 Oberst und Kommandeur des 4. Garde-Grenadierregiments zu Fuß und machte den Feldzug gegen Oesterreich mit. 1870/71 befehligte er die 30. Infanteriebrigade im 8. Korps, namentlich bei Gravelotte, Amiens und St. Quentin. Am 2. Januar 1871 hat er mit seiner Brigade bei Saplaines einem sünffach überlegenen Feind standgehalten. Das Eiserne Kreuz 1. Klasse und den Orden Pour le mérite hat er sich in diesem Kriege erworben. Nach dem Kriege organisierte er die Landwehrbehörden in Elsaß-Lothringen und übernahm 1873 das Kommando der 19. Division. Im November 1880 wurde er zum Generalinspekteur des Militär- und Erziehungswesens, 1883 zum General der Infanterie ernannt und trat am 20. März 1890 in den Ruhestand. General v. Strubberg hatte sich auch einer Vertrauensstellung zur Kaiserin Augusta zu erfreuen. Seit dem Jahre 1882 war er von der Kaiserin in das Kuratorium der Kaiserin-Augusta-Stiftung in Potsdam berufen und wurde im Jahre 1902 für seine Tätigkeit für das Institut mit dem Titel vorher gewährten Dienstvorden des preußischen Krone ausgezeichnet. Am 27. Mai 1905 legte er das Kuratorium nieder.

Parlamentarisches.

Reichstag.

* Die Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages hat, dem Reichsanzeiger zufolge, folgenden Initiativantrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, eine Kommission von 21 Mitgliedern einzusetzen zur Vorberatung der Antwort auf die Adresse an Se. Majestät den Kaiser, worin zu den Vorgängen auf der Tagesordnung des Reichstags vom 10. November 1908 Veranlassung gegeben haben, Stellung genommen wird. Der Reichstag wolle ferner beschließen, diese Adresse Sr. Majestät dem Kaiser durch eine Deputation überreichen zu lassen.

* Der für 1907 erstattete Geschäftsbericht des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung ist dem Reichstage übersandt worden.

* Ebenso sind dem Reichstage die auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung vom Bundesrat erlassenen Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei oder Bleiverbindungen, vom 6. Mai d. J., zugegangen.

* Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Gotha, Erbprinz Ernst zu Hohenlohe-Langenburg, teilte, nach der